

Luzerner Zeitung

Samstag, 23. Februar 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 45 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Wichtigster Filmpreis

Das müssen Sie über die Oscar-Verleihung von Sonntagnacht wissen. 16/17

Autostreit: Justiz muss entscheiden

Autogewerbe Kleine Garagen leiden unter den strengen Vorgaben der grossen Autohersteller. Nun reagiert die Politik.

Die Luzerner Autogarage Epper befindet sich im Clinch mit dem Jaguar- und Land-Rover-Importeur Emil Frey. Die beiden streiten sich vor Gericht um die Kündigung der Werkstattverträge durch Emil Frey. Der Streit ist kein Einzelfall. Derzeit laufen schweizweit rund ein Dutzend

ähnliche Verfahren. Ausserdem mussten viele Garagen nach den Kündigungen von Verträgen durch Importeure ihren Betrieb einstellen oder verkaufen. Grund für die Umwälzungen im Automarkt sind höhere Anforderungen an die Autogaragen, etwa in Bezug auf Digitalisierung und Elektromobilität. Die strengeren Vorgaben werden von den grossen Automarken diktiert.

Vorstösse in Luzern und Bern

Verschiedene Politiker wollen der Entwicklung nun einen Riegel schieben. CVP-Präsident Gerhard Pfister hat im Nationalrat eine Motion eingereicht, die auch von der Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür unterstützt wird. «Der Schutz der vielen Garagen, zumeist Familien-KMU, gegenüber ausländischen Herstellern ist derzeit ungenügend», sagt Gmür. Auch der Luzerner FDP-Kantonsrat Damian Hunzler hat gestern einen Vorstoss zum Verdrängungswettbewerb im Gewerbe eingereicht. (mim) 11

«Der Schutz der Garagen gegenüber ausländischen Herstellern ist ungenügend.»



Andrea Gmür
CVP-Nationalrätin

Häberli übernimmt das Kommando



Fussball Der neue FCL-Trainer Thomas Häberli liess bei seinem Amtsantritt die Spieler (im Bild Yannick Schmid) schwitzen. Sein erster Eindruck: «In der Mannschaft sind viele gute Typen. Vielleicht sind sie sogar ein bisschen zu brav.» 40

Bild: Martin Meinberger/Freshfocus (Luzern, 22. Februar 2019)

Kommentar

Links ist nicht gleich links

Sozialdemokratische Parteien rücken weltweit nach links. Niemand verkörpert diesen neuen Sozialismus besser als die US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez. Die demokratische Sozialistin mag selbst hiesige SP-Politiker zu begeistern. Nun lässt sich die SP Schweiz schwer mit den US-Demokraten vergleichen. Seit Jahren ist sie linker positioniert als ihre Schwesterparteien in Nordamerika und Europa. Das hat mit dem hiesigen, vielfältigen Mehrparteiensystem zu tun. Die Pole sind extremer als andernorts.

Eine gehörige Portion Pragmatismus geht aber auch den Schweizer Sozialdemokraten nicht ab. Würden sich alle Vertreter einzig am Parteiprogramm orientieren, hätte die SP niemals so viele Ständeräte. Derzeit sind es 12 von 46 Sitzen. Die von Links lange als konservativer Hort verschmähte kleine Kammer ist für die SP zu einem zentralen Ort der Einflussnahme geworden.

Natürlich: Der gewerkschaftliche Flügel ist bei der SP stark. Derzeit bestimmt er die Europapolitik. Leicht vergessen geht aber, dass die SP gerade in der Westschweiz auch von Kommunisten, Marxisten und Trotzlisten bedrängt wird. Die Abstimmung zur Rentenreform 2020 hat die SP wegen den Linksaussen-Parteien verloren. Auch bei der aktuellen Abstimmung zum AHV-Steuer-Deal wird die SP von Links vor sich hergetrieben. Und von den Grünen. Es sind ihre Vertreter, die in bester sozialdemokratischer Manier von «Milliardenschiss» und «ruinösem Steuerwettbewerb» reden. Die Grünen gehen bei einem Gerechtigkeits Thema auf Konfrontationskurs zur SP. Ein Jackpot im Wahljahr. Fast möchte man sagen: Die neuen Schweizer Sozialisten sind grün.



Doris Kleck
doris.kleck@chmedia.ch

Rückkehr des Sozialismus

Linke Rund um die Welt haben sozialistische Politiker Auftrieb. Ihre Ikonen stammen nicht mehr aus Moskau, sondern New York, wie die junge US-Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez.

Eine Folge davon: Zahlreiche Parteien mit linker Wählerschaft wenden sich von der Mitte ab – nach noch weiter links. Dabei lassen sie auch die gemässigten, wirtschaftsfreundlichen Programme sozialdemokratischer Regierungsparteien wie der britischen Labour unter Tony Blair oder der deutschen SPD unter Gerhard Schröder aus den 1990er-Jahren hinter sich. Und auch in der Schweiz ist die SP weiter nach links gerückt. (hay/bär)
Kommentar 6. Spalte 2/3

Strafrechtler warnen vor Vergewaltigungsgesetz

Vorlage Der revidierte Strafbestand der Vergewaltigung habe ungeahnte Folgen, sagen zwei Professoren.

Das Schweizer Strafgesetzbuch wird derzeit mit einer Monstervorlage überarbeitet. Es geht um 250 Straftatbestände. In diesem Gesetzesprojekt verbirgt sich ein Problem, das bisher in der Politik nicht wahrgenommen wurde. Doch nun schlagen zwei Strafrechtsexperten Alarm.

Für Felix Bommer von der Universität Zürich und Marcel Niggli von der Uni Freiburg könnte die Vorlage ungeahnte Folgen haben. Umstritten ist die neue Definition von Vergewaltigung. Neu sollen auch «beischlafähnliche Handlungen»

dazu gehören. Was genau darunter zu verstehen ist, wird den Gerichten überlassen.

Geschlechtsneutrale Formulierung

Der Bundesrat habe die Vorlage unter dem Vorwand der politischen Korrektheit erstellt, sagt Niggli. Denn ein Grund für die Revision ist der Wunsch nach einer geschlechtsneutralen Formulierung des Strafgesetzbuches. Nicht nur Frauen sollen künftig als Opfer von Vergewaltigungen eingestuft werden, sondern auch Männer. (mau) 5

Lehrer stehen zu Bildungsdirektor

Kanton Luzern Der Lehrerinnen- und Lehrerverband empfiehlt Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) zur Wiederwahl. Auch unterstützt werden dessen Parteikollegen Guido Graf sowie die neu kandidierenden Korintha Bärtsch (Grüne) und Jörg Meyer (SP).

Diese Wahlempfehlung überrascht selbst Mitglieder der politischen linken Allianz für Lebensqualität, da Wyss umstrittene Sparmassnahmen in der Bildung vertreten hat. Alex Messerli, Präsident des Lehrerverbands, sieht die CVP-Männer als Mehrheitsbeschaffer im Regierungsrat. Mit Bärtsch soll zudem wieder eine Frau vertreten sein und mit Meyer die Konkordanz wiederhergestellt werden. (cgl) 21

Vollzeitjobs für Krienser Stadtrat

Arbeitspensum Der Krienser Stadtrat beantragt für seine Mitglieder eine Stellenaufstockung von 80 auf 100 Prozent, wie er gestern bekannt gab. Im Gegenzug sollen alle Nebeneinkünfte in die Stadtkasse fliessen. «Diese Variante hat den Vorteil, dass sie transparent sowie gerecht ist und der tatsächlich geleisteten Arbeit entspricht», sagt Bauvorsteher Matthias Senn (FDP). Durch die Aufstockung entstünden Mehrkosten von 183 000 Franken.

Das Thema hat vor einem Jahr im Krienser Stadtrat zu einem Zerwürfnis und im Einwohnerrat zu hitzigen Diskussionen geführt. Mit dem neuen Vorschlag sollen nun klare Regeln geschaffen werden. (std) 24



Wirtschaft

50 000 Steamer

wurden in der Schweiz im letzten Jahr verkauft – halb so viele wie Backöfen. Total verzeichneten die Haushaltsgrossgeräte 2018 zusammengekommen einen Zuwachs von 0,9 Prozent auf 1,5 Millionen Geräte. Um 1,5 Prozent wuchsen die Haushaltskleingeräte auf 5,4 Millionen Stück. (sda)

Aktien Top

Blackstone	2.7	+8%
Asmallworld	3.6	+6.51%
Cassiopea	38.7	+6.03%

Aktien Flop

Grp. Minoteri.	360	-5.26%
Kuros Biosc. N	2.82	-4.73%
MCH Group N	20.9	-3.69%

Devisen und Gold

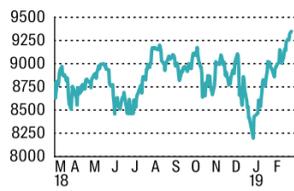
Dollar in Franken	0.9997	-0.11%
Euro in Franken	1.1336	-0.08%
Gold in Fr. pro kg	42309	-1.07%

Zinssätze in %

Geldmarkt	21.02.	Vortag
Fr.-Libor 3 Mt.	-0.7148	-0.721
Fr.-Libor 6 Mt.	-0.6558	-0.657

SMI +0.16%

9348.93



Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd 23022019

«Wellenbewegungen» waren das Problem.»

CEO Paul Schuler nannte an der gestrigen Bilanzmedienkonferenz die volatilen Rohstoffpreise als einen Grund für die leicht gesunkene Umsatzrendite bei Sika. 13



Druck auf KMU-Garagen steigt

Luzern Die Autoimporteure beherrschen immer grössere Teile des Schweizer Automarktes. Kleine Garagen haben Mühe, die strengen Vorgaben zu erfüllen. Jetzt schaltet sich die Politik ein.

Maurizio Minetti

In den letzten Jahren mussten viele unabhängige Autogaragen ihren Betrieb einstellen oder verkaufen. Der Hauptgrund: Die hohen Anforderungen der Hersteller, etwa in Bezug auf Digitalisierung und Elektromobilität. Weil die Garagen diese steigenden Anforderungen nicht immer erfüllen können, haben Schweizer Generalimporteure «zahlreiche Kündigungen von Handels- und Serviceverträgen ausgesprochen», wie die Wettbewerbskommission im Herbst festgestellt hat. Die wichtigsten Importeure sind hierzulande Amag und Emil Frey. Die beiden kontrollieren rund die Hälfte des Schweizer Neuwagenverkaufs.

«Es wird immer schwieriger, die hohen Standards einzuhalten und gleichzeitig eine genügend grosse Gewinnmarge zu erwirtschaften, um den Betrieb aufrechtzuerhalten», sagt ein langjähriger Kenner der Autobranche. Die Vorgaben der Automarken gehen zum Teil so weit, dass die Beleuchtungsstärke der Lampen in einem Showroom oder die Farbe der Böden vorgeschrieben wird. Und natürlich muss eine gewisse Zahl an Fahrzeugen verkauft werden – sonst droht eine Vertragskündigung. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die grossen Garagen immer grösser werden und die Kleinen zusehends aussterben. «Für die Kunden wird die Auswahl damit kleiner», sagt Patrick Krauskopf, Kartellrechtsprofessor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur.

Rund ein Dutzend Verfahren schweizweit

Direkt betroffen ist derzeit zum Beispiel die Garage Epper in Luzern mit 20 Angestellten. Die 1930 gegründete Garage ist nach eigenen Angaben eine der ältesten Schweizer Jaguar-Vertretungen. Vor zwei Jahren hat der Schweizer Jaguar- und Land-Rover-Importeur Emil Frey der Garage die Markenvertretung per Ende Februar 2019 gekündigt (wir berichteten). Seitdem versuchte Epper mit Emil Frey zu verhandeln – erfolglos. Vor wenigen Tagen hat Emil Frey Epper-Kunden angeschrieben und ihnen deutlich gemacht, dass sie bei Epper ab 1. März keine Garantiarbeiten mehr erhalten. Nur: Im Januar hatte Epper vor dem Kantonsgericht Luzern eine Klage gegen Emil Frey eingereicht, wie Firmeninhaber Stefan Epper bestätigt. «Dass Emil Frey mit einem



Garageninhaber Stefan Epper in der Luzerner Filiale.

Bild: Dominik Wunderli (21. Februar 2019)

Brief in ein laufendes Verfahren eingreift, ist unerhört», sagt er. Die Garage hat in der Zwischenzeit den Kunden mitgeteilt, dass sie weiterhin alle bisherigen Leistungen erwarten dürfen. Sollte Emil Frey vor Gericht gewinnen, hätte der Importeur nach Angaben von Epper in der Region Zentralschweiz das Monopol im Jaguar- und Land-Rover-Servicebereich. Eine unabhängige Garage wie Epper könne ohne Vertrag mit der Automarke keine Garantieleistung anbieten. Emil Frey wollte mit Hinweis auf laufende Verfahren keine Stellungnahme abgeben.

Kartellrechtsexperte Krauskopf, der früher Vizedirektor der Wettbewerbskommission war, vertritt schweizweit viele Garagen, die sich wie Epper vor Gericht gegen den Entzug von Markenvertretungen oder Serviceverträgen wehren. Er sagt: «Schweizweit laufen rund ein Dutzend Verfah-

ren.» Unabhängige Markengaragen hätten keine Chance, sich den Vorgaben zu entziehen. «Entweder sie machen mit, oder sie gehen unter.» Der Gang vor Gericht ist für inhabergeführte KMU-Garagen allerdings kostspielig. Öfter kommt es deshalb vor, dass sie sich vom Importeur übernehmen lassen, wie etwa kürzlich das ehe-

«Für die Kunden wird die Auswahl kleiner.»

Patrick Krauskopf
Kartellrechtsprofessor

Händler hatten bei der Weko eine Klage gegen die Amag eingereicht. Sie warfen ihr vor, sie vom Markt verdrängen zu wollen. Auf eine Untersuchung hat die Weko allerdings verzichtet. Aus einer Passage im dazugehörigen Bericht der Weko interpretiert Kartellrechtsprofessor Krauskopf, dass der Servicemark ein alleinstehender Markt und Amag in diesem marktbeherrschend ist. Die Weko hält dem entgegen, dass lediglich Anhaltspunkte dafür bestünden. Die Frage nach der marktbeherrschenden Stellung ist wichtig, denn: «Wenn ein Importeur marktbeherrschend ist, darf er nicht ohne sachlichen Grund Verträge kündigen», sagt Krauskopf.

Pfister, Gmür und Hunkeler machen Druck

Die Situation im Autogewerbe hat nun auch die Politik auf den Plan gerufen. Im September hat CVP-Präsident Gerhard Pfister im Nationalrat eine Motion eingereicht. Vereinfacht gesagt verlangt er, dass bestehende Händlerschutzbestimmungen verbindlich werden, indem sie in eine Verordnung fliessen. Die Motion ist noch nicht traktandiert; der Bundesrat hat sich dagegen ausgesprochen.

«Ich hoffe, dass die Motion bald auf die Traktandenliste kommt», sagt dazu die Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür auf Anfrage. «Der Schutz der vielen Garagen, zumeist Familien-KMU, gegenüber ausländischen Herstellern ist derzeit ungenügend», sagt Gmür. Mehr Konkurrenz bewirke mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb führe zu besseren Angeboten. «Unser lokales KMU-Gewerbe hat einen überaus wichtigen Stellenwert, bildet das Rückgrat der lokalen Wirtschaft. Ich möchte auch zwischen den lokalen, den bei uns verankerten Garagen wählen können.»

Und auch auf kantonaler Ebene tut sich was. Am Freitag hat der Luzerner FDP-Kantonsrat Damian Hunkeler einen Vorstoss zum Verdrängungswettbewerb im Gewerbe eingereicht. Mit seiner Anfrage will er vom Regierungsrat wissen, ob sich dieser der «Tatsache, dass das lokale KMU-Gewerbe zunehmend von Grossunternehmen verdrängt wird, bewusst ist, und welche Massnahmen er dagegen zu ergreifen gedenkt».

Die Anfrage verlangt zudem eine Stellungnahme der Regierung, inwiefern sie das Kartellgesetz des Bundes als hinreichende Rechtsgrundlage erachtet, um das Luzerner Gewerbe von der Marktmacht der Importeure zu schützen.

UBS rüttelt nach Milliardenurteil nicht an Dividende

Banken Die UBS will trotz der in erster Instanz verhängten Rekordstrafe in einem Gerichtsprozess in Frankreich nicht von ihrer Dividendenpolitik abrücken. Die für 2018 vorgeschlagene Dividende von 70 Rappen je Aktie solle nicht angetastet werden, sagte Bankchef Sergio Ermotti gestern in einer Telefonkonferenz für Analysten. Zudem halte die Schweizer Grossbank an ihrer Ausschüttungspolitik fest: Das Institut will die Dividende jährlich steigern und überschüssiges Kapital vorzugsweise über Aktienrückkäufe ausschütten. Allerdings werde die UBS dabei ihren Geschäftsausblick und unvorhersehbare Ereignisse berücksichtigen. Vorrangiges Ziel sei, die Dividenden abzusichern, sagte Ermotti. Zu den konkreten Auswirkungen wolle sich die Bank bei der für Mitte März geplanten Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2018 äussern.

Ein französisches Gericht hatte die Schweizer Bank im Prozess um Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu einer Strafzahlung von 4,5 Milliarden Euro verurteilt. Das Institut hat jedoch umgehend Berufung eingelegt. Damit ist das Urteil nicht rechtskräftig. (sda)

5G-Lizenzen: Vergabe im März

Telekom Der offizielle Start für die neue Mobilfunktechnik 5G rückt näher: Nach der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen will das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) die Konzessionen voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats März erteilen. Momentan laufe noch die Einsprachefrist von 30 Tagen gegen die Ergebnisse der Auktion, teilte das Bakom gestern auf Anfrage der Nachrichtenagentur AWP mit. Die Konzessionen seien den Betreibern zum rechtlichen Gehör zugestellt worden. Nach Ablauf dieser Frist könnten die Konzessionen erteilt werden.

In der Zwischenzeit könnten auch die Betreiber die zugeteilten Frequenzen basierend auf Versuchskonzessionen bereits eingeschränkt nutzen, schrieb das Bakom weiter. Sunrise hatte am Vortag angekündigt, bis Ende März die neueste Mobilfunkgeneration in 150 Städte und Orte bringen zu wollen. Die Swisscom will bis Ende Jahr 60 Städte und Gemeinden punktuell mit 5G versorgen. Salt plant weiterhin, die 5G-Technologie im dritten Quartal einzuführen. (sda)